

Nr. 65 (XLII) Allgemeine Beschlüsse
zum internationalen Rechtsschutz¹

Das Exekutiv-Komitee

a) *nahm* mit Besorgnis die fortdauernde und komplexe Dimension der gegenwärtigen Flüchtlingsprobleme *zur Kenntnis* und stellte fest, dass, obwohl während der letzten vierzig Jahre bei der Lösung dieser Probleme ein bedeutender Fortschritt erzielt wurde, der Rechtsschutz von Flüchtlingen eine anhaltende, schwierige Herausforderung bleibt, die lösungsorientierte Ansätze benötigt;

b) *begrüßte* die anhaltende Bereitschaft der Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Rechtsschutz zu gewähren, sowie die Bereitstellung von erheblichen Ressourcen, um die Bedürfnisse der Flüchtlinge zu befriedigen, womit die Staaten ihr großes und anhaltendes humanitäres Engagement auf nationaler und internationaler Ebene beweisen;

c) *betonte* die vorrangige Bedeutung von *non-refoulement* und Asyl als oberste Prinzipien des Flüchtlingsschutzes und ermutigte die Staaten, ihre Bemühungen zum Schutz der Rechte der Flüchtlinge zu verstärken, um zu verhindern, dass sie zum Ziel bewaffneter Angriffe in Lagern oder Siedlungen werden, um eine unnötige und schwerwiegende Beeinträchtigung der Freizügigkeit der Flüchtlinge zu vermeiden, um die Bedingungen des Asyls mit den anerkannten internationalen Standards vereinbar zu machen und um den Flüchtlingen ihren Aufenthalt im Asylland zu erleichtern, was die Ausstellung von notwendigen Ausweispapieren und die Erlaubnis, nach einer Auslandsreise zurückzukehren, mit einschließt;

d) *drückte* seine Besorgnis über den Mangel an adäquatem internationalem Rechtsschutz für verschiedene Gruppen von Flüchtlingen – einschließlich einer großen Anzahl von Palästinensern – in verschiedenen Teilen der

¹ Dokument Nr. 12 A (A/46/12/Add.1)

Welt *aus* und hofft, dass die Anstrengungen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen fortgesetzt werden, um den Rechtsschutzbedürfnissen dieser Flüchtlinge gerecht zu werden;

e) *ermutigte* UNHCR, sowohl in der Zentrale als auch vor Ort aktiv eine größere Unterstützung und ein besseres Verständnis der UNHCR-Politik und -Aktivitäten zugunsten von weiblichen Flüchtlingen zu fördern, einschließlich bei Organisationen, die die Programme von UNHCR ausführen, und in allen geeigneten nationalen und internationalen Gremien, in denen Rechtsschutz-Probleme von Flüchtlingsfrauen oder -mädchen ein Thema sind;

f) *drückte* der Hochkommissarin seine Anerkennung betreffend die Leitlinien zum Rechtsschutz von weiblichen Flüchtlingen (Dokument EC/SCP/67) aus, forderte, dass diese Leitlinien zu einem integralen Bestandteil aller UNHCR-Rechtsschutz- und -Unterstützungsleistungen erhoben werden; forderte einen Bericht über die Fortschritte bezüglich der Umsetzung der Leitlinien für die dreiundvierzigste Sitzung des Exekutiv-Komitees und forderte die Hochkommissarin auf, die Position eines Leitenden Koordinators für Flüchtlingsfrauen beizubehalten;

g) *bekräftigte* den Beschluss Nr. 59 (XL) betreffend Flüchtlingskinder, der auf der vierzigsten Sitzung des Exekutiv-Komitees gefasst wurde, und wiederholte, wie wichtig es ist, adäquaten Rechtsschutz und Unterstützung zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheit und die Entwicklung der Flüchtlingskinder zu gewährleisten, und begrüßte in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Hochkommissarin, den Posten eines Koordinators für Flüchtlingskinder zu schaffen;

h) *wiederholte*, dass der gegenwärtige Umfang und die Komplexität der Weltflüchtlingsituation sowohl einer energischen Förderung der bestehenden Rechtsschutzprinzipien bedürfen wie auch einer umfassenden und offenen Debatte über neue Richtungen betreffend den Rechtsschutz und über die weitere Entwicklung des Rechts; dabei richtete es seine besondere Aufmerksamkeit sowohl auf die Verantwortung der Staaten bei der Lösung der Flüchtlingsprobleme als auch, besonders im Hinblick auf die Herkunftsländer, auf die Beseitigung der Ursachen von Flüchtlingsströmen;

i) *forderte* die Hochkommissarin *auf*, diesbezüglich neue Möglichkeiten für präventive Strategien im Einklang mit den Rechtsschutzprinzipien ernsthaft zu sondieren und ebenso zu untersuchen, inwieweit Staaten ihre Verantwortlichkeit sowie den Lastenausgleich verstärken könnten und inwieweit Informations- und Öffentlichkeitsarbeit benützt werden können, um die Rechtsschutzaktivitäten zu ergänzen;

j) *ersuchte* die Hochkommissarin, ihre Bemühungen zur Unterstützung und zur Förderung der freiwilligen Rückkehr der Flüchtlinge sowie zu deren sicheren Reintegration in den Herkunftsländern zu verstärken. Es fordert die Staaten *auf*, diese Bemühungen dergestalt zu erleichtern, indem sie versichern, die Freiwilligkeit jeder Repatriierung zu respektieren, und indem sie ihren Staatsangehörigen eine Rückkehr in Sicherheit und Würde gewährleisten – ohne Belästigung, willkürliche Verhaftung oder physische Bedrohung während oder nach der Rückkehr;

k) *begrüßte* die kürzlich erfolgten Beitritte Rumäniens und Polens zum Abkommen von 1951 und zum Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge; *forderte* die Staaten, die bis jetzt diesen Verträgen noch nicht beigetreten sind, *auf*, dieses zu tun, um damit den internationalen Lastenausgleich zu fördern und um den Umgang mit dem Flüchtlingsproblem sowie dessen Lösung zu erleichtern, und *bestärkte* alle Staaten, die Bemühungen der Hochkommissarin betreffend die Förderung eines universellen Beitritts aktiv zu unterstützen;

(l) *drückte* der Hochkommissarin seine Anerkennung über den Zwischenbericht betreffend die Umsetzung des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge aus und *forderte* alle Staaten *auf*, die bis jetzt noch nicht den von der Hochkommissarin in Umlauf gesetzten Fragebogen betreffend die Umsetzung der Verträge beantwortet haben, dieses zu tun;

(m) *anerkannte* den Wert der Antworten der Vertragsstaaten betreffend die Umsetzung ihrer aus dem Abkommen von 1951 und dem Protokoll von 1967 resultierenden Verantwortlichkeit und *ersuchte* UNHCR, mit der Zustimmung der betroffenen Staaten, den Zugang zu den Antworten auf dem oben erwähnten Fragebogen öffentlich zu machen;

(n) *nahm zur Kenntnis*, dass der wachsende Missbrauch der Asylverfahren sowohl die Institution des Asyls als auch die Beibehaltung eines fairen und effizienten Verfahrens zur Feststellung des Flüchtlingsstatus gefährden könnte, und erinnerte an den Beschluss Nr. 46 (j) (XXXVIII), welcher die Staaten auffordert, sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs von Asylverfahren sich nicht nachteilig auf die fundamentalen Prinzipien des internationalen Rechtsschutzes, einschließlich der Institution des Asyls, auswirken;

(o) *würdigte anerkennend*, dass die Einrichtung von fairen und effizienten Verfahren und der Zugang für alle Asylsuchenden zu diesen, bedeutende Elemente einer sinnvollen internationalen Strategie zur Regelung und Lösung der Flüchtlingssituation sind, und erinnerte in diesem Zusammenhang an den Beschluss Nr. 8 (XXVIII) über die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft, den Beschluss Nr. 15 (XXX) über Flüchtlinge ohne Asylland, den Beschluss Nr. 30 (XXXIV) über das Problem der offensichtlich unbegründeten oder missbräuchlichen Anträge auf Anerkennung als Flüchtling oder Asylgewährung und an den Beschluss Nr. 58 (XL) über das Problem der Flüchtlinge und Asylsuchenden, die in irregulärer Weise von einem Land, in dem sie bereits Schutz gefunden hatten, weiterwandern;

(p) *stimmte zu* – im Hinblick auf die Bedeutung des Begriffs der „sicheren Länder“ und im Hinblick auf die Tatsache, dass dieser Begriff in die Überlegungen anderer Foren Eingang gefunden hat –, dass der Unterausschuss des Exekutiv-Komitees für internationalen Rechtsschutz die Diskussion über diesen Begriff fortsetzt, um zu Beschlüssen in dieser Angelegenheit zu kommen;

(q) *unterstrich* die Möglichkeit, von den in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 enthaltenen Beendigungsklauseln Gebrauch zu machen, wenn sich die Situation in einem Land so grundlegend und dauerhaft geändert hat, dass Flüchtlinge aus diesem Land eines internationalen Rechtsschutzes nicht länger bedürfen und es nicht länger verweigern können, den Schutz ihres Landes in Anspruch zu nehmen (siehe Art. 1 GFK), ausgenommen Fälle, in denen zwingende Gründe die Aufrechterhaltung des Flüchtlingsstatus für bestimmte Personen nahelegen; gleichzeitig for-

dert es UNHCR auf, im Unterausschuss für internationalen Rechtsschutz des Exekutiv-Komitees die Anwendbarkeit der Beendigungsklauseln zu sondieren;

(r) *bekräftigte* den Beschluss Nr. 50 (1) (XXXIX), wiederholte seine Aufforderung an die Staaten, Maßnahmen zum Wohl von staatenlosen Personen aktiv zu sondieren und zu fördern, einschließlich des Beitritts zu den internationalen Abkommen betreffend Staatenlose, und glaubt in diesem Zusammenhang, dass es für die Menschenrechtsorgane der Vereinten Nationen nützlich wäre, das Thema der Staatenlosigkeit aufzugreifen, einschließlich des Problems des willkürlichen Entzugs der Staatsangehörigkeit sowie des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit;

(s) *nahm* mit Genugtuung die Anstrengungen der Hochkommissarin zur Förderung des Flüchtlingsrechts unter Zuhilfenahme der vorhandenen Mittel, die sich auf private Spenden von dritter Seite stützen, *zur Kenntnis* und forderte die Hochkommissarin auf, die Fortbildungsmaßnahmen des Amtes zu verstärken, insbesondere durch Fortbildungskurse für Regierungsbeamte und andere Personen, die direkt mit Flüchtlingen und Asylsuchenden arbeiten;

(t) *nahm* mit Besorgnis *zur Kenntnis*, dass in einigen Gebieten, in denen sich Flüchtlinge befinden, eine unsichere Situation vorherrscht, die auch Bedienstete von UNHCR einem beträchtlichen Risiko aussetzt, und forderte die Staaten auf, die Sicherheit der internationalen und nationalen Bediensteten, die in ihren Territorien in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, zu gewährleisten;

(u) *begrüßte* die Einberufung der Weltkonferenz über die Menschenrechte und forderte die Hochkommissarin auf, sowohl bei der Vorbereitung als auch in den Beratungen der Konferenz aktiv mitzuwirken und dabei insbesondere zu beachten, dass die Themen Menschenrechte und Massenflucht weiterhin eine ernsthafte Aufmerksamkeit verdienen;

(v) *forderte* die Hochkommissarin *auf*, weiterhin in geeigneter Weise zu den Beratungen in den internationalen Menschenrechtsorganen beizutragen.